

Beschlussempfehlung

Hannover, den 15.01.2020

Kultusausschuss

Mobbing an Schulen bekämpfen - Anregungen zu gesamtgesellschaftlichem Handeln

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1522

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Kultusausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung

Mobbing an Schulen konsequent entgegnetreten - für eine Schulkultur der Anerkennung und Achtsamkeit

Mobbing unter Schülerinnen und Schülern ist an Schulen ein weit verbreitetes Problem mit vielen Facetten. Es tritt an allen Schulformen und in allen Altersklassen auf und belastet häufig die gesamte Klasse. Auch außerhalb der Klassenräume und des Schulhofs setzt sich Mobbing fort und wirkt somit in das private Leben und die Freizeit hinein. Mobbing ist eine Form von Gewalt und kann für die Opfer zu einer tiefgreifenden, das gesamte Leben bestimmenden Belastung werden. Die Opfer erleben psychische und oft auch physische Gewalt. Täter und Mittäter nutzen diese Form von Gewalt als Möglichkeit, Bedürfnisse nach Macht und Anerkennung zu erfüllen. Zuschauende erleben Ohnmachts- und Angstgefühle. Opfer von Mobbing reagieren sehr unterschiedlich, sodass es für Außenstehende nicht immer leicht ist, sie als solche zu erkennen. Mobbing im Internet und in sozialen Medien (Cybermobbing) macht es häufig noch schwieriger, die Rollen der Opfer und Täter zu identifizieren. Gegenwärtige Herausforderungen, wie z. B. die voranschreitende Digitalisierung, bergen zudem das Potenzial, die vorhandenen Probleme noch zu verstärken.

Bei der Frage nach den Ursachen von Mobbing ist von besonderer Bedeutung, die Schuld nicht durch die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften oder Verhaltensweisen bei den Opfern zu suchen (blame the victim). Mobbing kann jeden treffen. Ein Opfer von Mobbingprozessen zu werden, ist zuvorderst eine Frage der Gruppenstruktur, der Werte und des Normenkonsenses einer Gruppe, nicht eine Frage des Verhaltens und der Kompetenzen eines Opfers. Für von Mobbing betroffene Kinder und Jugendliche und deren Eltern muss es an Schulen feste Ansprechpartner geben, die über das Thema informieren und gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen für das Problem suchen. Genauso wie Mobbing in einer Gruppe entsteht, muss ihm auch innerhalb derselben entgegnetreten werden. Das macht es häufig so schwierig, bestehende Mobbingstrukturen zu durchbrechen und die Situation für die Betroffenen zu verbessern.

Dies verdeutlicht, dass Prävention und Aufklärung die beste Lösung gegen Mobbing sind. Dabei muss die gesamte Klasse und Schule einbezogen werden. Mobbing frühzeitig zu verhindern, bedeutet intensive Schulentwicklung im Sinne eines guten Schul- und Klassenklimas, in dem zivilcouragiertes Verhalten und Verantwortungsübernahme für die Mitmenschen gefördert werden. Da das schulische Zusammenleben mitbestimmt wird durch das gesellschaftliche und soziale Umfeld der Schule, ist der Kampf gegen Mobbing und für ein auf Anerkennung und Achtsamkeit basierendes Zusammenleben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der auch Erziehungsberechtigte und außerschulische Partner mitwirken sollten. Junge Menschen, die in Zukunft Verantwortung für unser Land tragen werden, müssen vor Mobbing geschützt und dafür sensibilisiert werden, was sie anderen Mitschülerinnen und -schülern mit Mobbing antun, wenn sie selbst zum Täter werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung

1. darauf hinzuwirken, bestehende Angebote zur Mobbing-Prävention und Intervention, auch im Hinblick auf die Herausforderungen des Cybermobbings im Kontext der Digitalisierung, weiterzuentwickeln und noch passgenauer auf die Bedarfslagen der Schulen auszurichten. Dies betrifft auch die Ermöglichung von Inhouse-Angeboten etwa zur Qualifizierung der Mobbing-Interventions-Teams und die nachhaltige Begleitung im Anschluss an Qualifizierungen,
2. zu prüfen, ob und wie die Attraktivität von Beratungslehrerstellen an Schulen, z. B. durch eine Erhöhung der Anrechnungsstunden, gesteigert werden kann,
3. die Schulträger dabei zu unterstützen, möglichst an allen Schulen geschützte Räumlichkeiten für die Schulsozialarbeit und Mobbingprävention zur Verfügung zu stellen,
4. den Ausbau der Schulsozialarbeit in Landesverantwortung fortzusetzen,
5. Schulungen zum Thema Mobbing in die Lehrerbildung aufzunehmen und Fortbildungen zu diesem Thema für bereits ausgebildete Lehrkräfte attraktiver zu gestalten, indem sie nicht länger als einen Tag in Anspruch nehmen,
6. einen festen Ansprechpartner für Eltern betroffener Kinder an Schulen einzurichten und die Schulen dazu anzuregen, diesen besser bei den Eltern bekannt zu machen,
7. das BuddY-Programm auf mehr Schulen auszuweiten, um im Schulalltag verstärkt auf die Themen Sozialkompetenz, Zivilcourage und demokratische Grundwerte eingehen zu können,
8. zu prüfen, inwiefern eine landesweite Umsetzung des Präventions- und Interventionsansatzes „no blame approach“ zur Stärkung des Klassenklimas für alle Schulformen ermöglicht werden kann,
9. die Kooperation von Schulen und Behörden, insbesondere der Polizei, des Jugendamts, der Erziehungsberatungsstelle und der Landesschulbehörde, zu erleichtern und zu intensivieren,
10. die im Kultusministerium angesiedelte Anlaufstelle für Opfer und Fragen sexuellen Missbrauchs und Diskriminierung in Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder zu stärken und eine landesweite Kampagne an den Schulen zu starten, mit der Eltern für das Thema Mobbing stärker sensibilisiert werden und mit der ihnen Hilfestellungen und Informationen an die Hand gegeben werden, um Mobbing früh vorbeugen und erkennen zu können, damit sie ihren Kindern richtig helfen können,
11. zu prüfen, inwieweit die Zusammenarbeit externer Partner, wie z. B. der smiley Jugendarbeit, mit Schülerinnen und Schülern zum Thema Mobbing an den Schulen gestärkt werden sollte und kann.

André Bock
Vorsitzender